

seien.“

Es dürfe nicht sein, daß bei der offensichtlichen Interessenverfälschung derjenige in der Öffentlichkeit Forderungen stellt, der schon 1983 beim BfS seinen Alleingang zur Durchsetzung des Endlagerprojekts Gorleben startete, beklagt BI-Sprecher Althoff Thomauskas Werdegang.

Bruno Thomauske ist jetzt technischer Geschäftsführer der Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH (VENE), die zusammen mit der E.ON Kernkraft GmbH die Kernkraftwerke Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf betreibt und auch an dem stillgelegten AKW Stade beteiligt ist. Alleinvertretungsberechtigte Gesellschafterin bei den Kernkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel ist die VENE, bei der Thomauske auch die

Strahlenschutzverantwortung innehat.

Als ehemaliger Verfahrensführer für die Planfestellungsverfahren Konrad und Gorleben, bergrechtlich verantwortliche Person für das Erkundungsbergwerk Gorleben sowie die atom- und bergrechtlich verantwortliche Person für das marode Endlager Morsleben, ist Thomauske von einem Atomkonzern „aufgekauft“ worden, klagt Althoff an. Das Interesse Vattenfalls an Thomauske zeige, in welche nicht als neutral zu bezeichnende Richtung seine Vorgehensweise als Behördenleiter ging. „Sämtliche unter Thomauskas jahrelanger Federführung erteilten Genehmigungen sollten deshalb schnellstens neutral und öffentlich nachvollziehbar überprüft werden, fordert BI-Sprecher Francis Althoff. ●

Auch die Uranbergbau-Kapazitäten reichen nicht aus, konstatiert Diehl. Die Uranproduktion aus Bergbau müßte bis 2023 verdoppelt werden, allein schon um den derzeitigen Bedarf weiter zu decken, weil die sekundären Quellen versiegen würden. Die bestehenden Kapazitäten könnten diesen Bedarf nicht decken, und nur an sehr wenigen Standorten seien die Vorarbeiten so weit gediehen, daß neue Kapazitäten geschaffen werden können. Der Zeitraum für die Inbetriebnahme neuer Bergwerke sei sehr groß. Jede Verbrauchssteigerung würde eine weitere massive Aufstokkung der Abbaukapazitäten und der folgenden Verarbeitungsschritte für die Brennstoffherstellung erfordern.

Nur ein kleiner Teil aller Uranvorräte liegt zudem in Reicherz-Lagerstätten. Darauf weist Diehl besonders hin. Daher müsse der Abbau zunehmend auf Armerzen durchgeführt werden, mit einem Urananteil von weniger als 0,1 Prozent. Das hat Diehls Beschreibung zufolge weitreichende Folgen für die Umwelt. Zu ergänzen wäre, daß der Uranabbau auch die indigenen Völker massiv in ihrer Existenz bedroht. Denn Uran wird ganz wesentlich auf ihrem Land abgebaut.

Die meisten derzeitigen und potentiellen größeren Abnehmerländer verfügen nur über sehr geringe eigene Uranvorräte und werden daher auf Uranimporte angewiesen sein, zeigt Diehl in einer Übersicht auf. Gerade einmal sieben Länder erzeugen genug Uran, um überhaupt welches exportieren zu können. Ausgesprochen prekär ist demnach die Situation von Rußland, das sich schon in zehn Jahren einer schweren Versorgungskrise gegenübersehen wird, prophezeit Diehl. Diese Krise werde auch Auswirkungen auf die EU haben, die derzeit stark von russischen Uran-Lieferungen abhängig ist.

Die Versorgungsprobleme würden weiter dramatisch zunehmen, wenn Indien und China tatsächlich auf eine Ausweitung der Atomenergie setzen, erklärt Diehl, denn beide besitzen nur minimale Uranvorräte. Außerdem sei die Sicherstellung einer friedlichen Nutzung des Urans bei etwaigen Uranexporten nach Rußland, Indien und China in Gefahr. Falls keine weiteren Reicherzlagerstätten gefunden werden, müsse mit einem beträchtlichen Anstieg der Uranabbaukosten gerechnet werden.

In Anbetracht der Erfahrungen mit den bisherigen Uranbergwerken sieht Diehl voraus, daß der Abbau von Armerz-Lagerstätten neue Altlasten erzeugen wird, die dann mit Steuergeldern saniert werden müßten, und zwar zu Kosten, die den Wert des abgebauten Urans erreichen können. Der Abbau von Vorkommen mit sehr geringen Urangelhalten, wie in Schwarzschiefer, würde außerordentliche Kosten und Umweltfolgen verursachen und könnte auch nur eine zeitweise Entlastung bringen.

Schnelle Brutreaktoren (wie für Rußland und China vorgeschlagen) und Thorium-Reaktoren (wie für China und Indien vorgeschlagen) bergen unbeherrschbare neue Risiken, warnt Diehl, und haben in der Praxis versagt. Die Thoriumvorräte lägen zudem in Lagerstätten mit noch niedrigeren Konzentrationen als die Uranvorräte, und seien genauso begrenzt wie diese.

Atomwirtschaft

Studie: Uranvorräte reichen höchstens bis 2070

„Atomkraft ist endlich, Uran reicht maximal noch 65 Jahre. Versorgungssicherheit und Umweltschutz lassen sich mit Atomkraft nicht realisieren. Die einzige Antwort auf die Energiefrage in Deutschland sind Erneuerbare Energien und Effizienz“, erklärte die deutsche Sektion der Umweltorganisation Greenpeace am 9. Februar 2006 und veröffentlichte einen von Peter Diehl aus Arnsdorf bei Dresden im Januar 2006 fertiggestellten Bericht über die Reichweite der Uranvorräte der Welt.

Diehl zufolge können die bekannten Uranvorräte den steigenden Bedarf nicht befriedigen. Sekundäre Quellen, die derzeit fast die Hälfte des Uran-Bedarfs decken, hätten lediglich einen Anteil von etwa 5 Prozent an den Gesamtvorräten und würden

spätestens 2023 erschöpft sein. Die bekannten Uranvorräte reichten nur für ein Szenario mit niedrigem Bedarf, bei dem der Verbrauch bis 2040 im wesentlichen konstant bleibe und dann abnehme. Die bekannten Vorräte reichten zudem nicht aus, um irgendeine nennenswerte Zunahme der Stromerzeugung aus Atomenergie abdecken zu können, geschweige denn einen 15-fachen Anstieg der Atomkraft-Kapazitäten, der nötig wäre, um aus Klimaschutzgründen alle Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern zu ersetzen. Die Vorräte wären dann schon 2026 erschöpft. Diese Prognosen beinhalten sekundäre Ressourcen, wie derzeitige Uranlagerbestände und auch den Einsatz von Moschoxidbrennelementen (MOX) aus Uran und Plutonium.

Peter Diehl, Greenpeace Deutschland: Reichweite der Uran-Vorräte der Welt, Berlin Januar 2006, 77 Seiten, im Internet unter http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/2006_02_Kurzfassung_Uranreport_tb02.pdf (Kurzfassung) und http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/2006_01_Uranreport_Langfassung.pdf (Langfassung). ●